

# Zuerst der Test, dann die Rechnung

Ab Montag sind Schnelltests in der Regel kostenpflichtig / Es gibt Kritik an diesem Vorgehen



Kostenpflichtig: Schnelltests durch geschultes Personal samt Ergebnis-Bescheinigung muss man künftig in der Regel selbst zahlen. Foto: Jochen Eckel/imago images

Berlin. Ohne Impfung wird der Corona-Alltag ab nächster Woche für viele komplizierter – und auch teurer. Denn Schnelltests, die Nicht-Geimpfte inzwischen häufig für

den Zugang zu Restaurants oder Veranstaltungen brauchen, sind ab Montag nicht mehr einfach für alle gratis. So wurde es mit mehreren Wochen Vorlauf angekündigt, jetzt ist es so weit. Das soll durchaus auch einen praktischen Anreiz für noch zögernde Menschen bedeuten: Tests werden mühsamer und kosten nun meistens etwas, Impfungen eben nicht. Es gibt aber auch Warnungen. Unser Mitarbeiter Sascha Meyer beantwortet die wichtigsten Fragen.

Was ändert sich ab Montag?

Schnelltests durch geschultes Personal samt Ergebnis-Bescheinigung muss man künftig in der Regel selbst zahlen. Gratis bleiben sie noch für Menschen, die sich nicht impfen lassen können. Das legt eine Verordnung von Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) fest, die einen Bund-Länder-Beschluss umsetzt. Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten hatten im August vereinbart, dass das vom Bund seit März finanzierte Angebot mit kostenlosen „Bürgertests“ für alle auch ohne Corona-Symptome enden soll. Da kostenlose Impfungen für alle möglich sind, sei eine dauerhafte Übernahme der Testkosten durch die Steuerzahler nicht länger nötig, hieß es zu Begründung.

Für wen genau gibt es weiter kostenlose Tests?

Vorgesehen sind einige Übergangsregeln. So können Kinder von zwölf bis 17 Jahren und Schwangere noch bis 31. Dezember mindestens einen Test pro Woche gratis

machen. Denn für sie gibt es erst seit kürzerer Zeit eine allgemeine Impfeempfehlung der Ständigen Impfkommision (Stiko), sie sollen daher mehr Zeit für Impfungen haben. Gratis-Tests bekommen generell weiter Menschen, die sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können. Ebenso Kinder, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder erst in den letzten drei Monaten vor dem Test zwölf geworden sind. Denn für sie gibt es noch keinen Impfstoff. Kostenlos bleibt es unter anderem auch für Menschen, die zum Beenden einer Quarantäne wegen einer Corona-Infektion einen Test brauchen.

Welche Nachweise braucht man jetzt für Gratis-Tests?

Um auch weiterhin kostenlose Tests zu bekommen, muss man bei der Teststelle einen amtlichen Ausweis mit Foto vorlegen – bei Kindern ist so auch das Alter zu belegen. Extra Nachweise wie ein ärztliches Zeugnis sind nötig, wenn man sich aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen kann – eine Diagnose muss nach Ministeriumsangaben nicht angegeben werden. Drauf stehen müssen aber Name, Anschrift und Geburtsdatum sowie Angaben zum Aussteller des Attests. Zum Nachweis einer Schwangerschaft kann der Mutterpass genutzt werden.

Und was sollen Corona-Tests künftig kosten?

Wie teuer Tests werden, muss sich unter den neuen Marktbedingungen erst noch zeigen. Zuletzt gingen

Angebot und Nachfrage wegen immer mehr Impfungen zurück. So waren auf einem Info-Portal zeitweise rund 6.000 Apotheken zu finden, die Tests machen. Inzwischen sind es nach Verbandsangaben noch 4.400. Generell zu kalkulieren sei mit Kosten für Material, separate Räume und Personal. Bisher bekommen Anbieter pro Schnelltest 11,50 Euro Vergütung, für genauere PCR-Tests gibt es etwa 43 Euro. Für Selbstzahler sind diese aber oft teurer – umso mehr, je schneller das Laborergebnis kommt. Die Bundesregierung wies darauf hin, dass Beschäftigte sich in Firmen kostenlos testen lassen können.

Welche Argumente gegen kostenpflichtige Tests gibt es?

Der Grünen-Gesundheitsexperte Janosch Dahmen warnte, die Umstellung komme zu früh. „Ohne Gratis-Tests werden wir weniger Testergebnisse bekommen, mehr Infektionen werden unerkannt bleiben“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. „Wir laufen in eine Schattenpandemie.“ Statt kostenlose Tests zu streichen, sollten sie mit der Impfkampagne verknüpft werden. „Wer eine Impfberatung annimmt, sollte im Gegenzug einen Gratis-Test bekommen.“ So oder so sind für den Bund erhebliche Kosten zusammengekommen. Allein seit Beginn einer separaten Erfassung der „Bürgertests“ durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung Anfang Juli wurden mehr als eine halbe Milliarde Euro dafür abgerechnet.